

GEWALT GEGEN BESCHÄFTIGTE AN SCHULEN



Einblick in die Ergebnisse der Befragung von schulischen Beschäftigten im Bezirksverband Weser-Ems

Impressum

GEW Bezirksverband Weser-Ems (Hrsg.)

Wencke Hlynsdóttir (ViSdP)

Staugraben 4a

26122 Oldenburg

Veröffentlicht im Mai 2026

1. Die Umfrage

Die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte an Schulen ist ein Thema von hoher gesellschaftlicher Relevanz. Seit Jahren steigen die gemeldeten Übergriffe auf Lehrkräfte bundesweit – und das Niveau bleibt alarmierend hoch. Allein im Jahr 2024 wurden deutschlandweit 4.182 polizeilich erfasste Vorfälle registriert; 2022 waren es noch 2.605 Fälle. Diese Entwicklung wirft grundlegende Fragen auf: Nimmt Gewalt tatsächlich zu – oder hat sich lediglich der Blick auf das Thema geschärft?

Gewalt an Schulen betrifft dabei nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern ebenso die dort tätigen Beschäftigten – Lehrkräfte, pädagogisches, technisches und therapeutisches Fachpersonal, Schulsozialarbeit und viele mehr. Dennoch wurden ihre Perspektiven in bisherigen Untersuchungen häufig vernachlässigt. Um ein realistisches, umfassendes Bild der Situation im Bezirk Weser-Ems zu gewinnen, hat die GEW eine breit angelegte Umfrage unter allen schulischen Beschäftigten im Bezirk Weser-Ems gestartet. Ziel der Befragung war es zu prüfen, inwieweit Gewalt im Berufsalltag eine Rolle spielt, welche Maßnahmen und Unterstützungsangebote bereits vorhanden sind bzw. welche Maßnahmen aus Sicht der Beschäftigten auf unterschiedlichsten Ebenen notwendig und wünschenswert wären, um der Thematik Gewalt gegen Beschäftigte an Schulen umfassend zu begegnen. Dazu sind gemachte Erfahrungen und plausible Einschätzungen von großer Bedeutung, um gezielte Verbesserungen und Schutzmaßnahmen ableiten zu können. Die Umfrage basiert auf einer quantitativen Erhebung mittels eines standardisierten Online-Fragebogens. Die in der Onlinebefragung formulierten Forschungsfragen sind auf Basis des aktuellen Forschungsstands und des spezifischen Erkenntnisinteresses selbst entwickelt. Die Umfrage lief von November 2025 bis Januar 2026 und richtete sich an alle Schulischen Beschäftigten im Bezirksverband Weser-Ems, also Lehrkräfte, Schulleitungen, Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, Schulsozialarbeiter*innen, Studierende sowie pädagogisches, technisches und therapeutisches Fachpersonal.

2. Zusammenfassung der Ergebnisse

2.1 Einordnung der Stichprobe und Aussagekraft der Ergebnisse

Die vorliegenden Ergebnisse basieren auf einer umfangreichen Stichprobe von 2338 Befragten und ermöglichen damit grundsätzlich eine belastbare Beschreibung der Situation im schulischen Kontext des Bezirks Weser-Ems. Besonders hervorzuheben ist, dass die Altersverteilung der Befragten weitgehend der tatsächlichen Altersstruktur von Lehrkräften entspricht. Dies spricht für eine gute externe Validität hinsichtlich altersbezogener Perspektiven.

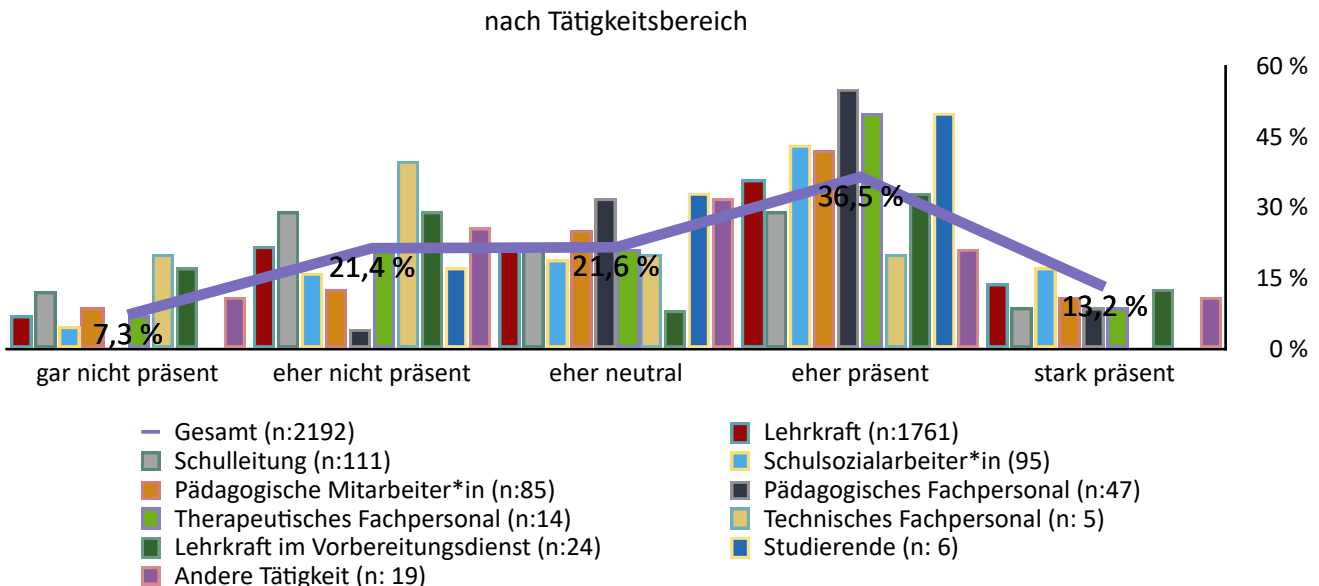
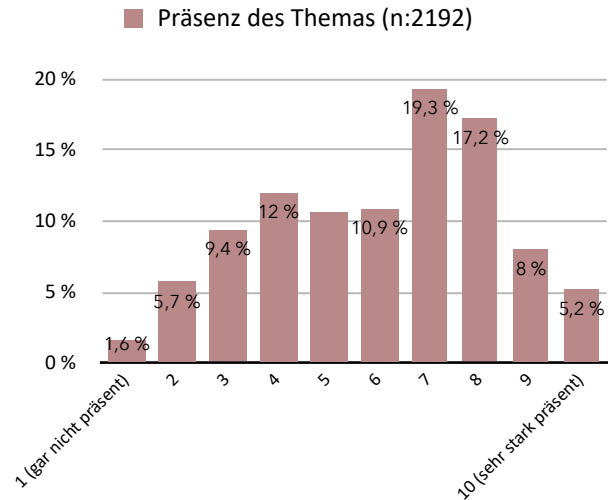
Gleichzeitig zeigen sich differenzierte Einschränkungen in der Repräsentativität einzelner Berufsgruppen. In absoluten Zahlen ist beispielsweise die Gruppe der Lehrkräfte mit über 80 % ($n = 1877$ von $n = 2312$) deutlich am stärksten vertreten und prägt somit die Gesamtergebnisse maßgeblich. Andere Berufsgruppen, wie etwa Schulsozialarbeiterinnen ($n = 102$), pädagogische Mitarbeiterinnen ($n = 95$) oder therapeutisches Fachpersonal ($n = 15$), sind mit deutlich geringeren Fallzahlen vertreten, sodass differenzierte Aussagen für diese Gruppen nur eingeschränkt möglich sind. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass einzelne Berufsgruppen im Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Größe im Schulsystem durchaus relevant abgebildet sein können. So sind beispielsweise Schulsozialarbeiter*innen mit $n = 102$ Teilnehmenden im Verhältnis zur Gesamtzahl dieser Berufsgruppe im Bezirk vergleichsweise gut vertreten. Dies verdeutlicht, dass zwischen absoluter Fallzahl und relativer Repräsentation unterschieden werden muss.

Die Geschlechterverteilung ($n = 2321$) mit einem hohen Anteil weiblicher Befragter (75,4 %, $n = 1750$) spiegelt zwar die Realität im schulischen Kontext wider, kann aber dennoch Einfluss auf die Wahrnehmung und Bewertung von Gewalt haben. Der hohe Anteil an Nicht-GEW-Mitgliedern (61,5 %, $n = 1430$ von $n = 2325$), deutet darauf hin, dass die Befragung über gewerkschaftliche Strukturen hinaus eine breite Zielgruppe erreicht hat. Dies stärkt die Aussagekraft der Ergebnisse im Hinblick auf die allgemeine Situation an Schulen und reduziert potenzielle Verzerrungen durch organisationsspezifische Perspektiven.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Stichprobe eine solide Grundlage für die Analyse darstellt. Gleichzeitig ist insbesondere bei berufsgruppenspezifischen Vergleichen sowie bei kleineren Teilgruppen eine differenzierte und vorsichtige Interpretation erforderlich.

2.2 Wahrnehmung von Gewalt im Schulalltag

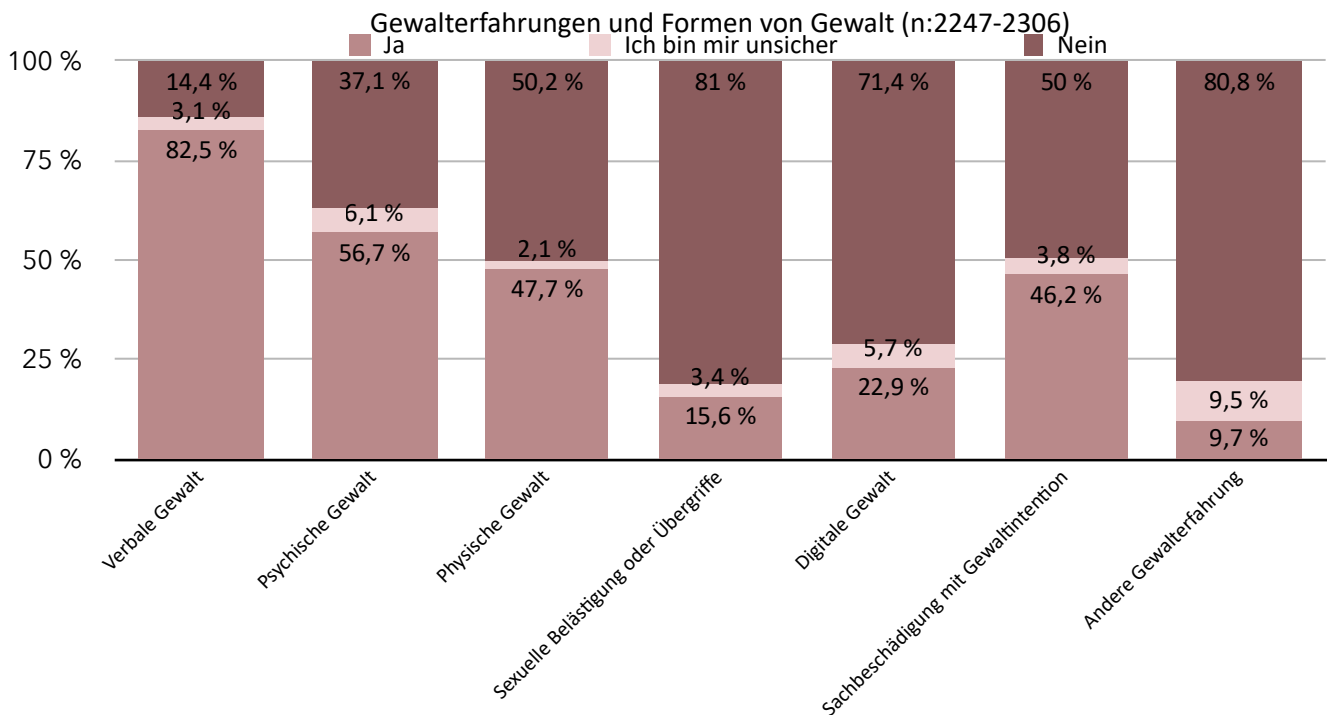
Ein zentrales Ergebnis der Befragung ist die deutliche Präsenz des Themas Gewalt im schulischen Alltag. Knapp die Hälfte der Befragten nimmt Gewalt als eher bis stark präsent wahr, bei einem Mittelwert von über 6 auf einer zehnstufigen Skala. Dies deutet darauf hin, dass Gewalt für viele Beschäftigte kein randständiges, sondern ein alltägliches Phänomen darstellt. Bemerkenswert ist dabei, dass nur ein sehr geringer Anteil Gewalt als „gar nicht präsent“ einschätzt. Dies spricht für eine breite Wahrnehmung des Problems über verschiedene Schulformen und Tätigkeitsbereiche hinweg. Gleichzeitig zeigen sich Unterschiede zwischen Schulformen, wobei insbesondere Haupt-, Real- und Oberschulen tendenziell höhere Werte aufweisen als Gymnasien. Auch wenn hier (noch) keine Signifikanztests vorliegen, lassen sich diese Unterschiede vorsichtig als Hinweise auf unterschiedliche Belastungslagen interpretieren. Noch deutlicher wird die Heterogenität bei der Betrachtung nach Tätigkeitsbereichen. Pädagogisches Fachpersonal sowie Schulsozialarbeitende nehmen Gewalt teilweise deutlich häufiger wahr als Lehrkräfte. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass diese Berufsgruppen stärker in Konflikt- und Krisensituationen eingebunden sind oder einen anderen professionellen Blick auf Gewaltphänomene haben.



Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass Gewalt als strukturelles Thema im Schulalltag verankert ist und nicht auf einzelne Schulformen oder Personengruppen begrenzt werden kann.

2.3 Formen und Häufigkeit von Gewalterfahrungen

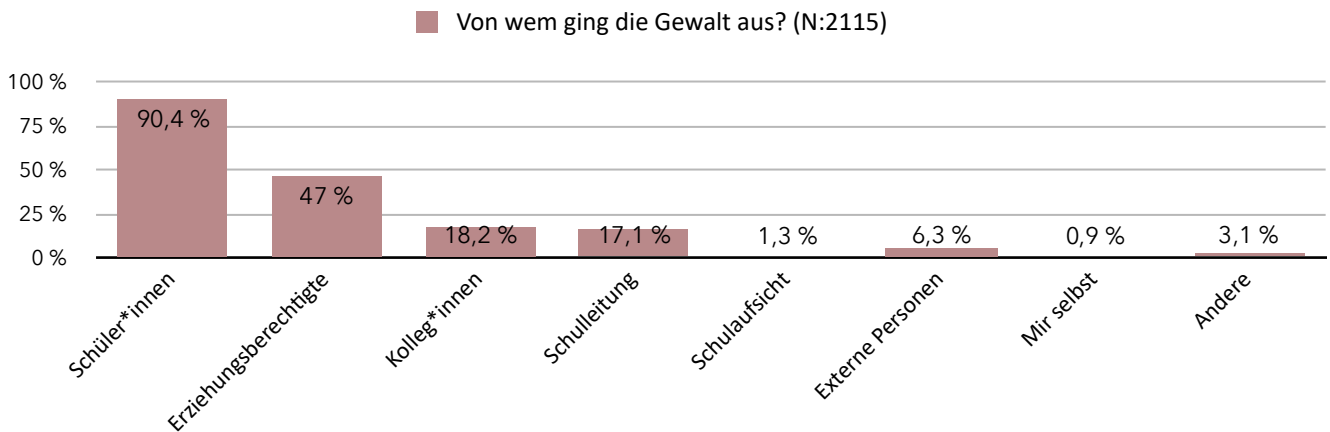
Die Analyse der Gewalterfahrungen verdeutlicht die Vielschichtigkeit des Phänomens. Besonders auffällig ist die sehr hohe Verbreitung verbaler Gewalt, die von über 80 % der Befragten mehrfach erlebt wurde. Dies legt nahe, dass verbale Übergriffe – etwa Beleidigungen oder Drohungen – in vielen schulischen Kontexten nahezu zum Alltag gehören. Auch psychische Gewalt wird von einer Mehrheit der Befragten berichtet, während physische Gewalt immerhin von fast der Hälfte erlebt wurde. Diese Zahlen sind insofern bedeutsam, als sie zeigen, dass Gewalt im schulischen Kontext nicht nur symbolischer oder verbaler Natur ist, sondern auch körperliche Dimensionen umfasst. Vergleichsweise seltener werden sexuelle Übergriffe und digitale Gewalt berichtet, wobei auch hier relevante Anteile vorhanden sind. Die geringere Häufigkeit darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich hierbei um besonders sensible und potenziell schwerwiegende Formen von Gewalt handelt. Auffällig ist zudem, dass Gewalt in den meisten Fällen nicht als regelmäßiges, sondern als wiederkehrendes Ereignis („mehrmals“) beschrieben wird. Dies spricht für eine gewisse Normalisierung von Gewaltphänomenen im schulischen Alltag, die möglicherweise dazu beiträgt, dass Vorfälle nicht immer als meldewürdig wahrgenommen werden.



Die Unterschiede zwischen Schulformen – etwa die besonders hohe Betroffenheit an Förderschulen – deuten auf spezifische strukturelle Herausforderungen hin. Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse nach Tätigkeitsbereichen, dass bestimmte Berufsgruppen stärker exponiert sind, was auf unterschiedliche Rollen und Verantwortlichkeiten im Schulalltag zurückgeführt werden kann.

2.4 Tätergruppen und strukturelle Einordnung

Die Ergebnisse zur Frage, von wem Gewalt ausgeht, zeichnen ein eindeutiges Bild: In der überwiegenden Mehrheit der Fälle werden Schüler*innen als Hauptverursacher genannt. Dies ist zunächst wenig überraschend, da sie die größte Interaktionsgruppe im schulischen Kontext darstellen. Gleichzeitig ist jedoch hervorzuheben, dass auch ein signifikanter Anteil der Gewalt von Eltern sowie – wenn auch in geringerem Maße – von Kolleginnen und Schulleitungen ausgeht. Insbesondere die Nennung innerorganisationaler Akteurinnen als Täter*innen verweist auf strukturelle Spannungen innerhalb des Systems Schule.

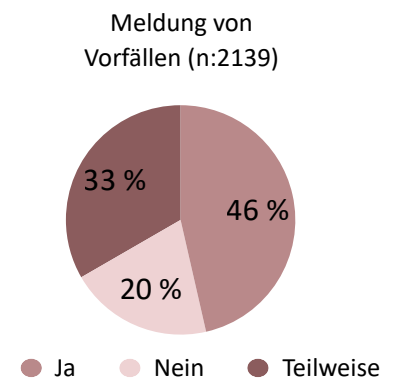


Diese Ergebnisse machen deutlich, dass Gewalt im schulischen Kontext nicht ausschließlich als „Schülerproblem“ verstanden werden kann, sondern als ein komplexes Phänomen, das verschiedene Beziehungsebenen umfasst. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, Gewaltprävention und -intervention ganzheitlich zu denken und alle Akteursgruppen einzubeziehen.

2.5 Umgang mit Gewalt: Meldeverhalten und Unterstützungsstrukturen

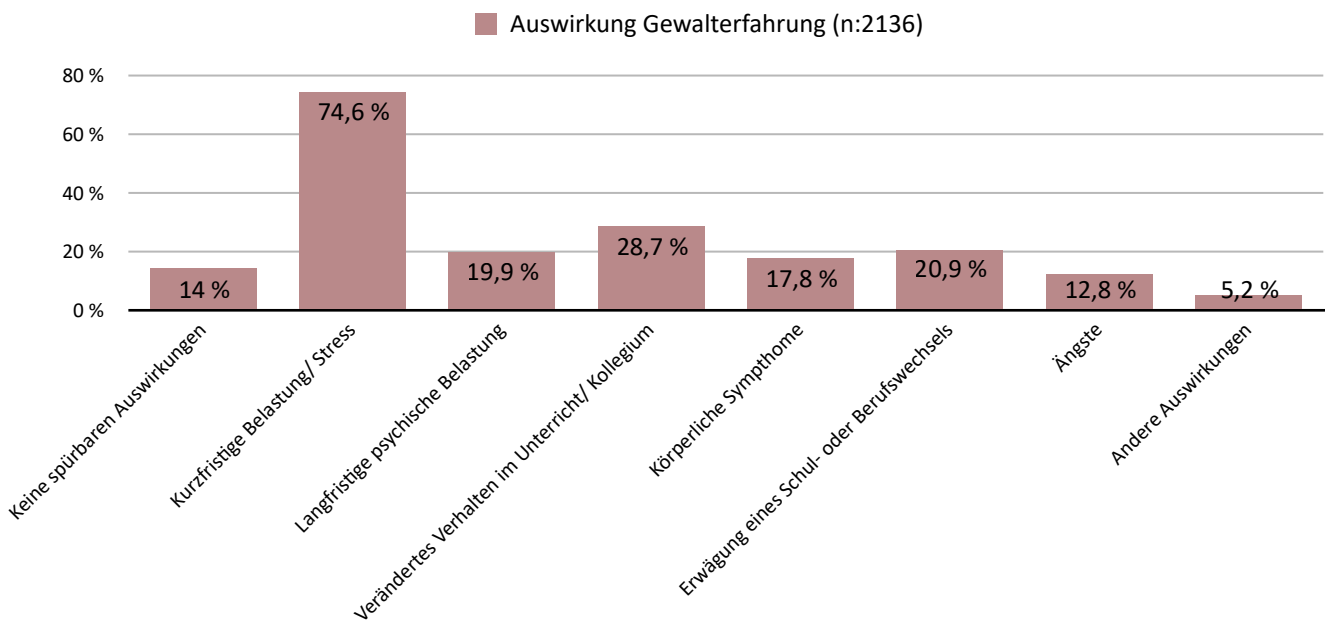
Ein besonders kritischer Befund betrifft das Meldeverhalten. Weniger als die Hälfte der Befragten gibt an, Gewaltvorfälle konsequent zu melden, während ein erheblicher Anteil dies nur teilweise oder gar nicht tut. Dies deutet auf bestehende Hemmschwellen und strukturelle Defizite im Umgang mit Gewalt hin. Die Gründe für das Nicht-Melden sind vielschichtig. Besonders häufig wird angegeben, dass Vorfälle als nicht meldewürdig eingeschätzt werden oder eigenständig gelöst werden sollen. Gleichzeitig spielen aber auch Unsicherheiten, fehlende Ansprechpersonen sowie Angst vor Nachteilen eine Rolle. Diese Faktoren weisen auf eine unzureichende institutionelle Verankerung von Meldeprozessen hin. Positiv hervorzuheben ist die hohe Bedeutung kollegialer Unterstützung sowie die Rolle der Schulleitung als zentrale Anlaufstelle. Dennoch zeigt sich, dass formalisierte Unterstützungsangebote – etwa schulpsychologische Hilfe oder externe Beratung – vergleichsweise selten genutzt werden.

Insgesamt entsteht das Bild eines Systems, in dem informelle Strukturen eine große Rolle spielen, während formalisierte Verfahren und institutionelle Unterstützungspotenziale noch nicht vollständig ausgeschöpft werden.



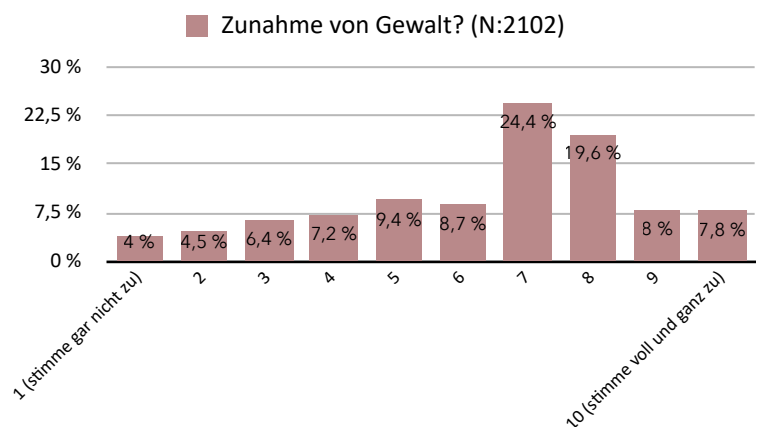
2.6 Auswirkungen von Gewalterfahrungen

Die Ergebnisse zu den Auswirkungen von Gewalt verdeutlichen die erhebliche Belastung für die Betroffenen. Eine große Mehrheit berichtet von kurzfristigem Stress, während ein deutlicher Anteil auch langfristige psychische Belastungen, Verhaltensänderungen oder sogar den Wunsch nach einem Berufswechsel angibt. Diese Erkenntnisse sind besonders relevant im Kontext der aktuellen Diskussion um Lehrkräftemangel und Arbeitsbelastung im Bildungswesen. Gewalt kann hier als zusätzlicher Stressor wirken, der die Attraktivität des Berufs weiter beeinträchtigt. Gleichzeitig zeigt der Anteil von Personen ohne spürbare Auswirkungen, dass Gewalterfahrungen individuell unterschiedlich verarbeitet werden. Dies unterstreicht die Bedeutung individueller Ressourcen sowie unterstützender Strukturen im Umgang mit belastenden Situationen.



2.7 Wahrgenommene Entwicklung von Gewalt

Die Einschätzung, dass Gewalt in den letzten fünf Jahren zugenommen hat, wird von einer Mehrheit der Befragten geteilt. Auch wenn es sich hierbei um subjektive Wahrnehmungen handelt, deutet diese Einschätzung auf eine verbreitete Sensibilisierung für das Thema hin. Mögliche Erklärungsansätze reichen von tatsächlichen Veränderungen im Verhalten von Schüler*innen über gesellschaftliche Entwicklungen bis hin zu einer erhöhten Aufmerksamkeit und veränderten Definitionsprozessen von Gewalt. Ohne längsschnittliche Daten lassen sich hier jedoch keine eindeutigen Aussagen treffen.

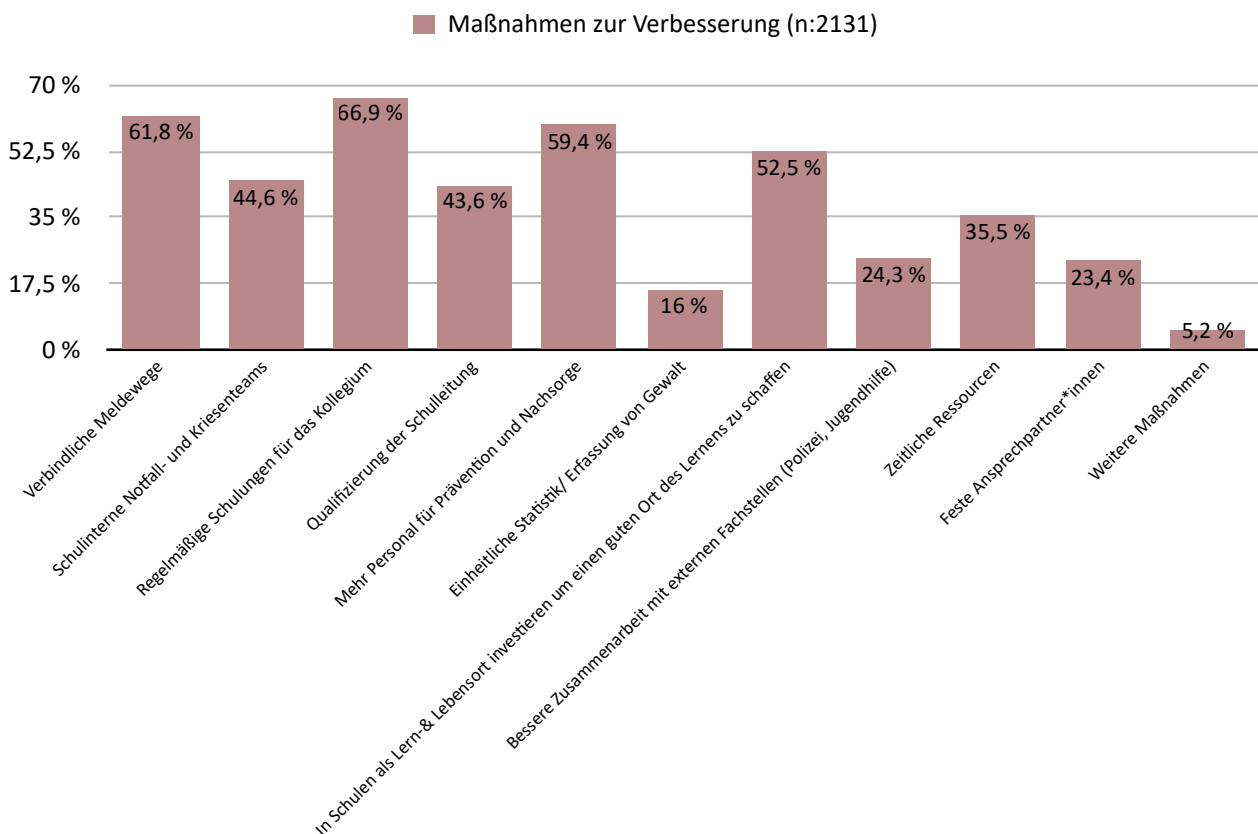


2.8 Strukturelle Rahmenbedingungen und Handlungsbedarfe

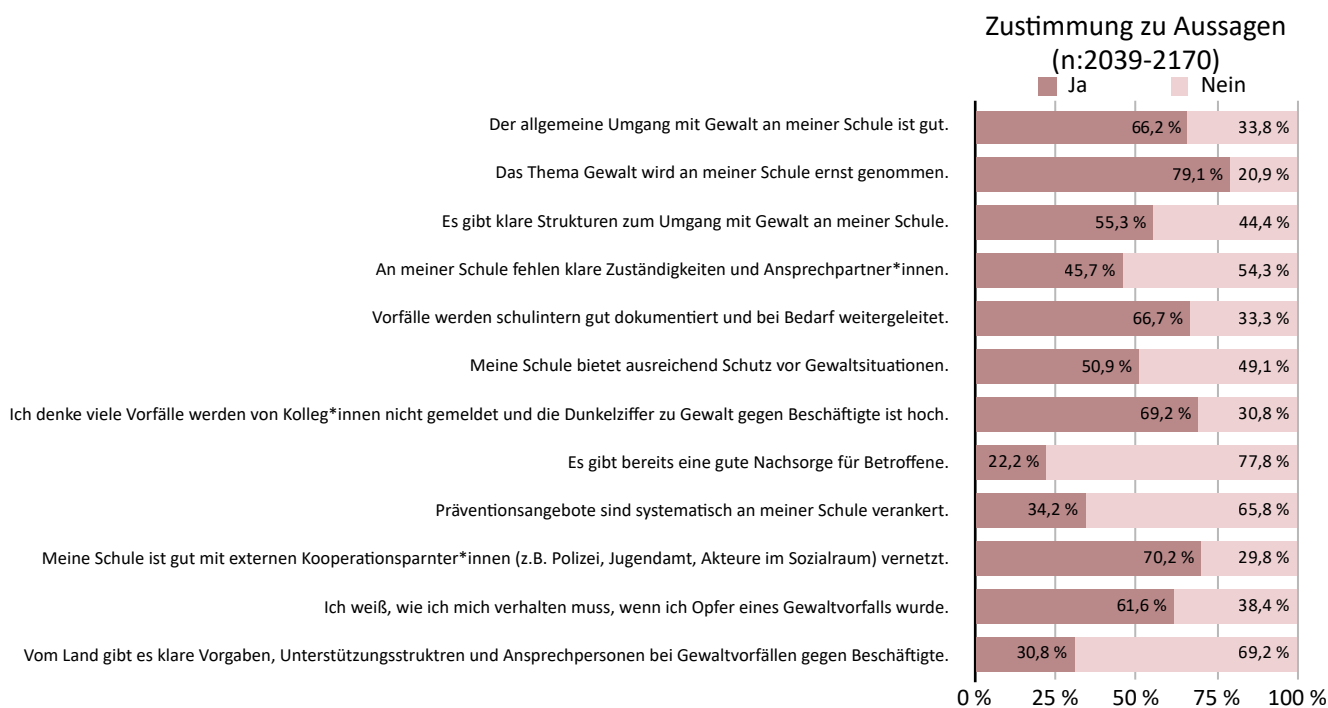
Die Analyse der schulischen Strukturen zeigt ein ambivalentes Bild. Einerseits geben viele Befragte an, dass Gewalt an ihrer Schule ernst genommen wird und grundlegende Strukturen vorhanden sind. Andererseits bestehen deutliche Defizite, insbesondere bei klaren Zuständigkeiten, Präventionsangeboten und Nachsorge. Besonders kritisch ist der Befund, dass ein erheblicher Anteil der Befragten (23,3%/ n:2173) nicht weiß, ob es überhaupt Konzepte oder feste Abläufe gibt. Dies deutet auf Kommunikationsprobleme sowie mangelnde Transparenz innerhalb der Schulen hin. Auch die Einschätzung, dass viele Vorfälle nicht gemeldet werden und eine hohe Dunkelziffer existiert, verweist auf strukturelle Defizite im Umgang mit Gewalt hin. Hier besteht ein klarer Handlungsbedarf, sowohl auf schulischer als auch auf bildungspolitischer Ebene.

2.9 Implikationen für Praxis und Bildungspolitik

Die Ergebnisse legen nahe, dass Maßnahmen zur Verbesserung des Umgangs mit Gewalt auf mehreren Ebenen ansetzen müssen. Besonders häufig genannt werden Schulungen für das Kollegium, verbindliche Meldewege sowie ein Ausbau personeller Ressourcen.



Diese Forderungen lassen sich als Ausdruck eines Bedarfs nach Professionalisierung und Institutionalisierung interpretieren. Schulen benötigen demnach nicht nur individuelle Handlungskompetenzen, sondern auch klare strukturelle Rahmenbedingungen.



Darüber hinaus zeigt sich ein deutlicher Wunsch nach stärkerer Unterstützung durch das Land, insbesondere in Form klarer Vorgaben und verbindlicher Strukturen. Dies unterstreicht die Bedeutung bildungspolitischer Steuerung im Umgang mit Gewalt.

2.10 Methodische Limitationen der Befragung

Abschließend sind einige methodische Einschränkungen zu berücksichtigen. Die Auswertung basiert überwiegend auf deskriptiven Analysen, noch ohne statistische Signifikanztests. Daher können momentan keine kausalen Zusammenhänge oder gesicherten Unterschiede zwischen Gruppen festgestellt werden. Zudem handelt es sich um Selbstberichte, die subjektiven Wahrnehmungen unterliegen und durch individuelle Definitionen von Gewalt beeinflusst sein können. Auch die freiwillige Teilnahme kann zu einer Verzerrung der Stichprobe führen, etwa durch eine höhere Beteiligung besonders betroffener Personen. Trotz dieser Einschränkungen liefern die Ergebnisse wertvolle Einblicke in die Wahrnehmung und den Umgang mit Gewalt im schulischen Kontext und können als Grundlage für weiterführende Analysen und Maßnahmen dienen.

2.11 Einordnung der Ergebnisse im Kontext aktueller Studien

Die vorliegenden Ergebnisse lassen sich in weiten Teilen mit aktuellen nationalen Studien und statistischen Erhebungen in Beziehung setzen und bestätigen zentrale Trends der Forschung zu Gewalt im schulischen Kontext.

Vergleich mit der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS 2025)

Die Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt in den letzten Jahren einen Anstieg registrierter Gewalt gegen Lehrkräfte. So wurden bundesweit zahlreiche Fälle von Körperverletzung gegen Lehrkräfte erfasst (vgl. Polizeiliche Kriminalstatistik 2025). Im Vergleich dazu verdeutlichen die Ergebnisse der vorliegenden Befragung ein deutlich breiteres Bild von Gewalt, das über strafrechtlich relevante Vorfälle hinausgeht. Während die PKS ausschließlich angezeigte und strafrechtlich relevante Fälle abbildet, zeigt die Befragung, dass insbesondere verbale und psychische Gewaltformen einen zentralen Bestandteil des schulischen Alltags darstellen. Dies deutet auf ein erhebliches Dunkelfeld nicht erfasster Gewalt hin, da viele Vorfälle nicht angezeigt werden. Die Ergebnisse der Befragung – insbesondere das eingeschränkte Meldeverhalten – stützen somit die Annahme, dass die tatsächliche Belastung deutlich höher ist als in offiziellen Statistiken sichtbar.

Vergleich mit der Studie der Universität Gießen / dbb Hessen (2023)

Die Studie „Gewalt gegen Lehrkräfte in Hessen“ der Justus-Liebig-Universität Gießen in Kooperation mit dem dbb Hessen zeigt sehr ähnliche Muster wie die vorliegende Untersuchung. Auch dort berichten rund drei Viertel der Lehrkräfte von Erfahrungen mit verbaler Gewalt, während ein signifikanter Anteil auch Bedrohungen und physische Übergriffe erlebt hat (vgl. Universität Gießen & dbb Hessen 2023). Diese Ergebnisse decken sich in hohem Maße mit den Befunden der vorliegenden Studie. Beide Untersuchungen zeigen, dass Gewalt im schulischen Kontext ein weit verbreitetes Phänomen ist und nicht auf Einzelfälle beschränkt werden kann. Darüber hinaus wird auch in der Hessen-Studie auf Defizite im Meldeverhalten sowie auf unzureichende Unterstützungsstrukturen hingewiesen. Dies unterstreicht den strukturellen Charakter der Problematik.

Vergleich mit forsa-Studien (VBE)

Die regelmäßig durchgeführten repräsentativen Umfragen des Instituts forsa im Auftrag des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) bestätigen ebenfalls zentrale Ergebnisse dieser Befragung. So berichten in aktuellen Erhebungen ein erheblicher Anteil der Lehrkräfte und Schulleitungen von psychischer und physischer Gewalt sowie von einer zunehmenden Belastung im schulischen Alltag (vgl. forsa 2023; VBE 2023). Auch die Wahrnehmung einer Zunahme von Gewalt wird in diesen Studien bestätigt. Die vorliegenden Ergebnisse, wonach eine Mehrheit der Befragten eine Zunahme von Gewalt in den letzten Jahren wahrnimmt, stehen somit im Einklang mit repräsentativen bundesweiten Erhebungen.

Vergleich mit dem Deutschen Schulbarometer

Auch die Ergebnisse des Deutschen Schulbarometers der Robert Bosch Stiftung weisen in eine ähnliche Richtung. Lehrkräfte berichten dort von einer zunehmenden Belastung durch Konflikte, respektloses Verhalten und Gewalt sowie von einem steigenden Unterstützungsbedarf (vgl. Robert Bosch Stiftung 2024). Zudem zeigt das Schulbarometer, dass viele Lehrkräfte strukturelle Defizite im Umgang mit Gewalt sehen, insbesondere im

Bereich der Prävention und institutionellen Unterstützung. Diese Befunde korrespondieren deutlich mit den Ergebnissen der vorliegenden Studie.

Gesamtbewertung im Forschungsstand

Zusammenfassend zeigt der Vergleich mit anderen Studien eine hohe Konsistenz der Ergebnisse. Die vorliegende Untersuchung bestätigt zentrale Befunde der aktuellen Forschung, insbesondere hinsichtlich der hohen Prävalenz von Gewalt, der Dominanz verbaler und psychischer Gewaltformen, der wahrgenommenen Zunahme sowie bestehender Defizite im Umgang mit Gewalt. Die hohe Übereinstimmung der Ergebnisse über verschiedene Studien hinweg erhöht die Validität der vorliegenden Befunde und unterstreicht die Relevanz des Themas sowohl für die schulische Praxis als auch für die Bildungspolitik.

2.12 Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Die vorliegenden Ergebnisse zeigen deutlich, dass Gewalt gegen Beschäftigte im schulischen Kontext kein randständiges Phänomen ist, sondern für viele Betroffene zum beruflichen Alltag gehört. Insbesondere die hohe Verbreitung verbaler und psychischer Gewalt sowie die relevante Häufigkeit physischer Übergriffe verdeutlichen die Dringlichkeit des Themas. In Verbindung mit den berichteten Belastungsfolgen – von kurzfristigem Stress bis hin zu langfristigen psychischen Auswirkungen und Überlegungen eines Berufswechsels – ergibt sich ein ernstzunehmendes Gesamtbild.

Zugleich machen die Ergebnisse deutlich, dass zwischen der Häufigkeit von Gewalterfahrungen und dem institutionellen Umgang damit eine deutliche Diskrepanz besteht. Während Gewalt von einem Großteil der Befragten als präsent wahrgenommen wird, zeigen sich im Bereich der strukturellen Bewältigung erhebliche Defizite. Diese betreffen insbesondere fehlende oder unklare Zuständigkeiten, unzureichend etablierte Meldewege sowie Defizite in der Nachsorge und Prävention.

Ein zentrales Problem stellt dabei das Meldeverhalten dar. Die Tatsache, dass ein erheblicher Anteil der Vorfälle nicht oder nur teilweise gemeldet wird, weist auf ein strukturelles Dunkelfeld hin. Die Gründe hierfür – etwa die Einschätzung, dass Vorfälle „nicht schwerwiegend genug“ seien, der Wunsch nach eigenständiger Lösung oder Unsicherheiten bezüglich Zuständigkeiten – deuten auf eine Normalisierung von Gewalt im Schulalltag hin. Gleichzeitig spiegeln sie ein begrenztes Vertrauen in bestehende Unterstützungsstrukturen wider. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Meldeprozesse nicht nur formal zu etablieren, sondern auch kulturell zu verankern und niedrigschwellig zugänglich zu machen.

Positiv hervorzuheben ist die große Bedeutung kollegialer Unterstützung sowie die Rolle der Schulleitung als zentrale Anlaufstelle. Diese Ergebnisse unterstreichen die Relevanz funktionierender schulinterner Netzwerke. Gleichzeitig zeigen sie aber auch die Grenzen eines überwiegend informellen Unterstützungssystems auf. Insbesondere professionelle Unterstützungsangebote wie schulpsychologische Beratung, externe Supervision oder rechtliche Unterstützung werden bislang vergleichsweise selten genutzt oder sind nicht ausreichend verfügbar.

Vor diesem Hintergrund lassen sich mehrere zentrale Handlungsfelder identifizieren:

1. Verbindliche Strukturen und klare Zuständigkeiten schaffen

Schulen benötigen transparente und verbindliche Konzepte zum Umgang mit Gewalt. Dazu gehören klar definierte Meldewege, feste Ansprechpartner*innen sowie standardisierte Abläufe im Umgang mit Vorfällen. Ebenso wichtig ist, dass diese Strukturen allen Beschäftigten bekannt sind und aktiv kommuniziert werden.

2. Meldekultur stärken und Dunkelfeld reduzieren

Neben formalen Regelungen ist eine Veränderung der schulischen Kultur erforderlich. Gewaltvorfälle müssen als legitimer Anlass für Meldungen anerkannt werden, unabhängig von ihrer subjektiven „Schwere“. Hierfür sind Sensibilisierung, Vertrauen in Verfahren sowie Schutz vor negativen Konsequenzen zentrale Voraussetzungen.

3. Prävention systematisch ausbauen

Die Ergebnisse zeigen deutliche Defizite bei präventiven Maßnahmen. Prävention sollte daher nicht als punktuelle Maßnahme, sondern als integraler Bestandteil von Schulentwicklung verstanden werden. Dazu zählen regelmäßige Fortbildungen, die Stärkung sozialer Kompetenzen sowie die Förderung eines positiven Schulklimas.

4. Nachsorge und Unterstützung professionalisieren

Die teilweise erheblichen Folgen von Gewalterfahrungen machen deutlich, dass Betroffene gezielte Unterstützung benötigen. Hierzu gehören niedrigschwellige Zugänge zu schulpsychologischen Angeboten, Supervision sowie rechtliche Beratung. Diese Angebote sollten systematisch ausgebaut und institutionell abgesichert werden.

5. Personelle und zeitliche Ressourcen bereitstellen

Viele der identifizierten Probleme stehen in engem Zusammenhang mit begrenzten Ressourcen. Eine wirksame Prävention und Intervention erfordert ausreichend Personal, Zeit für Austausch und Reflexion sowie Entlastungsstrukturen für betroffene Beschäftigte.

6. Stärkere Unterstützung durch Bildungspolitik und Verwaltung

Die Ergebnisse zeigen deutlich den Wunsch nach klaren Vorgaben, verbindlichen Strukturen und zentralen Ansprechpartner*innen auf Landesebene. Gewaltprävention und -intervention sollten daher stärker als bildungspolitische Aufgabe verstanden und systematisch gesteuert werden.

Zusammenfassend verdeutlichen die Ergebnisse, dass ein wirksamer Umgang mit Gewalt im schulischen Kontext ein mehrdimensionales Vorgehen erfordert. Einzelmaßnahmen greifen zu kurz, solange strukturelle Rahmenbedingungen, institutionelle Unterstützung und schulische Kultur nicht gemeinsam adressiert werden. Die vorliegende Untersuchung liefert hierfür eine empirisch fundierte Grundlage und zeigt zugleich auf, dass Handlungsbedarf auf allen Ebenen besteht – von der einzelnen Schule über die Schulverwaltung bis hin zur Bildungspolitik. Eine nachhaltige Verbesserung kann nur dann erreicht werden, wenn Gewalt nicht als individuelles Problem Einzelner, sondern als gemeinsame Herausforderung des gesamten Systems Schule verstanden wird.

Wer an dem ausführlichen Bericht interessiert ist, nimmt gerne Kontakt über info@gewweserems.de auf.

3. Literaturverzeichnis

- Deutsches Schulportal (2025): Zahlen der Länder: Polizei-Statistik: Gewalt an Schulen nimmt bundesweit zu. URL: https://deutsches-schulportal.de/schulkultur/polizei-statistik-gewalt-an-schulen-nimmt-bundesweit-zu/?utm_source=CleverReach+GmbH+%26+Co.+KG&utm_medium=email&utm_campaign=Newsletter+KW+39%2F2025&utm_content=Mailing_16513830, Aufruf 25.9.2025)
- forsa. (2024): Die Schule aus Sicht der Schulleiterinnen & Schulleiter. Gewalt an Schulen und gegen Lehrkräfte. Ergebnisse einer bundesweiten repräsentativen Befragung. Berlin
- Landeskriminalamt Niedersachsen (2024): Junge Menschen. Delinquenz / Gefährdung / Prävention. Niedersächsischer Jahresbericht 2024
- Liell, Christoph (2002): Gewalt in modernen Gesellschaften - zwischen Ausblenden und Dramatisieren. In: Bundeszentrale für politische Bildung (2002): Aus Politik und Zeitgeschichte. Gewalt in der Gesellschaft. Ausgabe B 44/2002
- Pfeiffer, Tim/ Herden, Frederik/ Bannenberg, Britta (2023): Gewalt gegen Lehrkräfte in Hessen. Eine Studie im Auftrag des ddb beamtenbund und tarifunion Landesbund Hessen. Gießen
- Polizeiliche Kriminalstatistik - PKS (2025): Opferspezifik „Beruf/ Tätigkeit“ T942
- Polizeiliche Kriminalstatistik - PKS (2023): Opferspezifik „Beruf/ Tätigkeit“ T942
- Robert Bosch Stiftung (2024): deutsches Schulbarometer. Befragung Lehrkräfte: Ergebnisse zur aktuellen Lage an allgemein und berufsbildenden Schulen. Robert Bosch Stiftung
- Landesamt für Statistik Niedersachsen (2025): Lehrkräfte der allgemein bildenden Schulen Niedersachsens in den Schuljahren 2023/2024 und 2024/2025 nach Beschäftigungsumfang und Schulform